Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 18,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 116. Freitag den 25. April 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

In der Zeit vom 1. bis 5. April 1884 erlangten das hiesige **Bürgerrecht:**

Baumann, Carl Friedrich, Bereiter.
Bergelt, Anton Otto, Lehrer.
Butler, Gustav Alexander, Bildhauer.
Baldix, Ernst Arno, Referendar.
Friedrich, Georg Oscar, Schriftsetzer.
Grohmann, Wilhelm Robert, Vereinscassenbote.
Germer, Bernhard Christian Heinrich, Bäcker.
Haack, Julius Oscar, Hausmann.
Hartmann, Franz Robert Albin, Tapezierer.
Hennig, Carl Gustav, Buchdrucker.
Hentze, Daniel Eduard Edwin, Schriftgießer.
Herdrich, Gustav Emil, Buchbinder.
Hoffmann, Georg Theodor, Landgerichtsrath.
Hüter, Johann Georg, Kaufmann.
Kirbach, Ferdinand Bruno, Lehrer.
Klinghardt, Carl Martin, Referendar.
Kretzschmar, Carl Eduard Ernst, Stellmacher.
Kühn, Carl Anton, Tischler.
Kühnert, Carl Albin, Lehrer.
Langheinrich, Emil Robert Rudolf, Lithograph.
Loh, Johann Eduard Julius, Schuhmachermeister.
Lohse, Edmund Robert, Instrumentenmacher.
Meinert, Gustav Adolph, Stellmachermeister.
Müller, Friedrich Wilhelm, Handelsmann.
Naumann, Philipp August Bruno, Lehrer.
Rötzold, Immanuel Edwin, Postsecretair.
Otto, Friedrich Hermann, Buchdrucker.
Pehmichen, Friedrich Wilhelm, Tischler.
Opel, Carl Eduard Emil, Postsecretair.
Petzold, Theodor Paul, Lehrer.
Porzig, Paul Ernst, Procurist.
Reichart, Maximilian Alexander, Schriftsetzer.
Reiche, gen. Albrecht, Franz Eduard, Schriftsetzer.
Reppin, Paul Friedrich Gustav, Apotheker.
Röhsche, Carl Albert Robert, Schriftsetzer.
Ruger, Conrad Robert, Reichsgerichtsrath.
Runge, Ernst Moritz, Postsecretair.
Schmitze, Carl Heinrich, Hausbesitzer.
Seidel, Carl Louis, Lehrer.
Stange, Heinrich Oscar, Schuhmacher.
Steinert, Friedrich Eduard, Hauptzollamts-Assistent.
Steuer, Friedrich Bruno, Gerichtsschreiber.
Teichmann, Friedrich Hermann, Restaurateur.
Voigt, Friedrich Bernhard, Postsecretair.
Voigt, Paul Moritz, Tischler.
Vormeyer, Hermann Heinrich Ludwig, Tischler.
Weber, Ernst Richard, Lehrer.
Wiesike, Johann August, Schriftsetzer.
Zschörnig, Franz Hermann Otto, Handelsmann.
Zschauer, Friedrich Hermann, Maurer.
Zwickel, Curt Ewald, Lehrer.

Bekanntmachung.

Die Herstellung des **Pflasters I. Classe** in der **Weststraße**, auf deren Strecke von der Schleußbrücke bis und mit der Kreuzung der Plagwitzer Straße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Pflasterung der Weststraße"
versehen ebendaselbst und zwar **bis zum 2. Mai laufenden Jahres Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, den 19. April 1884.

**Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbaudeputation.**

Bekanntmachung.

Bei Gelegenheit der Umpflasterung des Naundörfchens sollen die Fußwege daselbst requirt und die hiermit verbundenen Steinmetzarbeiten an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14. aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Trottoirarbeiten im Naundörfchen"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **9. Mai** laufenden Jahres **Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 23. April 1884.

**Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Herstellung von Schlackengußsteinpflaster im Naundörfchen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Umpflasterung des Naundörfchens"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **9. Mai** laufenden Jahres **Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 23. April 1884.

**Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer Schleuße III. Classe in der verlängerten **Hohen Straße** soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Schleußenbau in der verläng. Hohen Straße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **6. Mai** laufenden Jahres **Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 23. April 1884.

**Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.**

Nichtamtlicher Theil.

England und der Sudan.

So gründlich verfahren worden ist wohl kaum je zuvor eine Unternehmung, die mit so kühnem und energischem Anlauf begonnen wurde, wie die egyptische. Die englische Regierung hatte decretirt, daß die Expedition mit dem Treffen von Tel el Kebir und der Besetzung Kairos, welche am 14. September 1882 erfolgte, abgethan sein solle, und demgemäß verschloß sie Allem, was südlich von Egypten sich ereignete, eigensinnig Aug' und Ohr. Was sich in Kordofan und El Obeid vorbereitete, kümmerte die Herren in London und Kairo nicht, sie hatten mit der Ordnung der egyptischen Verhältnisse vollauf zu thun und waren weit entfernt, der Bewegung im Sudan die Bedeutung beizulegen, welche sie thatsächlich von Anfang an hatte. Kenner der afrikanischen Zustände bemühten sich vergeblich, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf diese wichtige Angelegenheit zu lenken, die stereotype Antwort auf alle Warnungen war: Was geht uns der Sudan an? Wir haben es mit Egypten und mit den Häfen des Rothen Meeres zu thun, was weiter südlich und westlich liegt, hat für uns keinen Werth. Die egyptische Regierung war deshalb auf Selbsthülfe angewiesen und suchte der immer drohender werdenden Gefahr durch die Absendung Hicks Pascha's zu begegnen. Es kam der Schreckenstag vom 4. November 1883, also vierzehn Monate nach Beendigung des englisch-egyptischen Feldzuges, und damit war für England ein Warnungszeichen aufgerichtet, was nicht übersehen werden konnte. Irren ist menschlich, und daß die englische Regierung die Bedeutung der unter dem Mahdi sich entfaltenden Bewegung unterschätzte, daraus darf ihr kein allzu harter Vorwurf gemacht werden; als aber Hicks Pascha mit 11,000 Mann von den Aufständischen vernichtet war, da gab es für die englische Regierung keine Entschuldigung mehr, sie mußte jetzt, was von dem Propheten und seinen nach Hunderttausenden zählenden Streitern zu erwarten war, und mußte die nöthigen Vorkehrungen treffen, um der Gefahr rechtzeitig und mit den geeigneten Mitteln zu begegnen.

Statt dessen geschah das Unerhörte, daß England öffentlich auf den Sudan Verzicht leistete und dem Mahdi anheim stellte, was er damit anfangen wolle. Für den Sudan Geld und Menschen zu opfern, hielt man in London und Kairo für unnütz und überflüssig. Trotz dieser merkwürdigen Verzichtleistung blieb die Frage zu beantworten, was aus Khartum und allen den Orten werden solle, welche egyptische Garnisonen hatten; sollten sie sämmtlich widerstandslos preisgegeben werden? England hätte nichts dagegen gehabt, aber die egyptische Regierung sträubte sich gegen eine solche Ungeheuerlichkeit, und im kritischsten Zeitpuncte erbot sich General Gordon, die Zustände im Sudan auf diplomatischem Wege und durch seine persönliche Dazwischenkunft zu regeln. Inzwischen waren zwei kostbare Monate in voller Unthätigkeit verbracht worden; das Einzige, was der Khedive erreichen konnte, war die Ausrüstung einer Expedition unter Baker Pascha und Zobehr Pascha, um den Häfen des Rothen Meeres den Schutz zu bringen, dessen sie dringend bedurften. Die Niederlagen Baker Pascha's bei Tokar und der Fall von Sinkat und Tokar sind noch in frischer Erinnerung, auch Osman Digma triumphirte über England und Egypten gleich dem Mahdi.

Während sich die Tragödie am Rothen Meere abspielte, war Gordon glücklich in Khartum angelangt und fand hier Alles nach Wunsch. Die Bevölkerung empfing ihn als den Erretter aus schwerer Noth, und Gordon ergriff die Maßregeln, welche ihm zweckdienlich erschienen, um den Sudan für Egypten und indirect für England zu erhalten. Die englische Regierung nahm auch einen Anlauf, um das Versäumte nachzuholen und schickte die nöthige Truppenzahl, um Suakim England zu erhalten und Tokar und Sinkat den Aufständischen wieder abzunehmen. Die Tage von El Teb und Tamanieb erweckten die Hoffnung, daß die Engländer nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern nach der Vernichtung der Heerschaaren Osman Digma's nach Berber aufbrechen und Gordon in Khartum Hilfe bringen würden. Aber so weit ging die Opferwilligkeit der englischen Regierung nicht, sie gab sich jetzt der Täuschung hin, daß König Johannes von Abessinien und die den Engländern befreundeten Araberstämme das Uebrige thun und den Mahdi von weiterem Vordringen abhalten würden.

Jetzt geschah wiederum das nicht für möglich Gehaltene, daß die englischen Truppen den Befehl zur Rückkehr erhielten und Gordon seinem Schicksal überlassen wurde. Um diese verrätherische Handlungsweise zu maskiren, erklärten die Vertreter der englischen Regierung im Parlament, daß die Correspondenz mit Gordon Pascha im Interesse der von ihm vertretenen Sache geheim gehalten werden müsse, und daß man nur Dasjenige davon der Oeffentlichkeit preisgeben könne, was, wenn es bekannt würde, den regelmäßigen Verlauf der Entwickelung im Sudan nicht hemmen könne. Gordon selbst wurde dadurch in den Irrthum versetzt, daß die englische Regierung ihm Hilfe gegen die ihn bedrohenden Aufständischen senden werde, und die Enttäuschung war um so niederdrückender, weil sie zu einer Zeit erfolgte, als Gordon die Hilfe für unmittelbar bevorstehend betrachtete. Schon am 15. März war die Lage in Khartum so gefahrdrohend geworden, daß Gordon den Kampf mit den Aufständischen zu wagen beschloß. Anfangs war das Glück ihm günstig, dann aber bewiesen die egyptischen Truppen aufs Neue ihre gänzliche Unbrauchbarkeit, und Gordon gelangte zu der Erkenntniß, daß er ohne Hilfe von außen rettungslos der Macht des Mahdi überantwortet sei. Jetzt endlich machte er seinem Unmuth in Depeschen Luft. Er appellirte an die Hilfe des Sultan und suchte die Opferwilligkeit englischer Capitalisten zur Hergabe von 200,000 Pfd. Sterling zu erregen, damit der Sultan in den Stand gesetzt würde, 2000—3000 Nizams nach Berber zu senden.

Die Hilferufe Hussein Pascha's, des Commandanten von Berber, vereinigten sich mit denen Gordon's, und die Bewohner Khartums, welche etwas zu verlieren hatten, benutzten noch die letzte Frist vor der völligen Einschließung der Stadt durch die Aufständischen, um sich in Sicherheit zu bringen. Bekanntlich wurden 300 derselben zwischen Sherdy und Berber von ihrem Schicksal ereilt und nur 600 Flüchtigen gelang es, Korosko zu erreichen. Heute befindet sich auch Berber höchst wahrscheinlich in den Händen der Aufständischen; wer also zwischen Khartum und Berber unterwegs ist, verdankt seine Rettung nur zufälligen Glücksumständen.

Baring, welchem Gordon sein Herz über die Treulosigkeit der englischen Regierung ausgeschüttet hat, verläßt Egypten und begiebt sich zur europäischen Conferenz nach London, um nicht wieder auf den heißen Boden Kairos zurückzukehren. Nubar Pascha, der nominelle egyptische Ministerpräsident, hat seinen ganzen Einfluß eingesetzt, um Berber Hilfe zu bringen; wie die neuesten Nachrichten zeigen, leider zu spät, denn die Truppen, welche General Wood jetzt nach Berber senden, müssen es wiedererobern, wenn sie diesen Platz für Egypten erhalten wollen. Gleichzeitig verlautet, daß man Gordon von Kairo aus zu Hilfe kommen will, jetzt, nachdem Khartum vom Feinde vollständig eingeschlossen ist und Gordon vom Steigen des Nils seine Rettung erwartet. Die Entwicklung der Lage im Sudan ist für England so schmachvoll, daß man vergeblich nach Worten sucht, um sie entsprechend zu kennzeichnen. Zum Ueberfluß taucht auch Osman Digma aufs Neue in der Umgegend von Suakim auf, umgeben von 2000 Streitern, welche entschlossen sind, diesen Platz den Engländern zu entreißen, sobald die letzten englischen Truppen abgezogen sind. Nichts ist besser geeignet, die Sachlage am Rothen Meer und im Sudan zu beleuchten, als diese Drehung des bei Tasmanieb besiegten Sclavenhändlers und die Einnahme Berbers durch die Aufständischen. *

Leipzig, 25. April 1884.

* Bei der bedauerlichen **Beschlußunfähigkeit des Reichstags** am Dienstag zeigte es sich wieder, daß die **Rechte und das Centrum** am säumigsten in der Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten sind. Vom Centrum fehlten, wie selbst die „Germania" zugiebt, mehr als 60 Mitglieder. Trotzdem war der unnöthige Antrag auf namentliche Abstimmung von der Rechten ausgegangen.

* **Das dritte Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen** ist erschienen. Dasselbe enthält auf nicht weniger als 12 Seiten eine Liste von Petitionen von Juwelieren, Gold- und Silberarbeitern, welche um Ablehnung des Gesetzentwurfs über den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren, dagegen, soweit ein Bedürfniß dafür vorliegt, um den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen bitten, wonach jeder Verfertiger bezw. Verkäufer von Gold- und Silberwaaren für den von ihm angegebenen Gehalt bei hohen Strafen verantwortlich sei. Ueberaus zahlreich sind ferner die Petitionen um anderweite Regelung des Innungswesens.

* Die **Provinzial-Correspondenz** bespricht in ihrem letzthin erschienenen Artikel die Stellung des Professor Mommsen zu dem **Socialistengesetz**. Das halbamtliche Blatt sagt u. A.:

„Professor Mommsen findet, daß das Gesetz recht wenig nützt und den geringen Nutzen aufwiegt durch Förderung der Krankheit, die es bekämpfen will; die socialistische Partei sei jetzt mächtiger als zu der Zeit, wo das Gesetz erging; dies sei eine Thatsache, die nur Derjenige nicht sieht, der nicht sehen will.

Die Zuversichtlichkeit, mit der eine solche Behauptung, als sei ein ernster Zweifel dagegen gar nicht möglich, hingestellt wird, muß Erstaunen erregen. Für die zunehmende Macht der Socialdemokratie sollen die Reichstagswahlen der unträgliche Weiser sein. Wer die thatsächlichen Verhältnisse bei den Wahlen wirklich kennt, wird mit Recht entgegnen: die Reichstagswahlen sind ein vollkommen trügerischer Messer. Unter den Stimmen, welche für die socialistischen Candidaten abgegeben werden, befindet sich ein recht erheblicher Bruchtheil, die von Personen ausgehen, welche weder bereit sind, Mitkämpfer der socialistischen Revolution zu werden, noch auch nur dem Gelingen der socialistischen Pläne irgend eine Wahrscheinlichkeit zuschreiben. Solche Personen stimmen für die socialistischen Candidaten, weil ihnen die anderen auch nicht gefallen, oder weil sie meinen, dem Staate könne ein tüchtiger Gegner nicht schaden, oder weil sie eine andere Partei ärgern wollen, oder weil sie sich sagen, sofern sie nämlich Arbeiter sind und wirklich Grund zur Klage haben: wir müssen doch wenigstens die Leute wählen, die uns helfen wollen, die das Unrecht einsehen, das uns geschieht; daß sie uns viel helfen werden, glauben wir freilich nicht.

Die Stimmen, welche eine Partei bei einem Wahlkampf zusammenbringt, beweisen nichts für ihre wahre Stärke. Die wahre Stärke jeder Partei liegt nur in der Zahl der entschlossenen Anhänger, die die Ueberzeugung haben, der Partei jedes Opfer bringen zu müssen, und die Willenskraft, jedes Opfer bringen zu können. Wenn es möglich wäre, heute eine Nachforschung zu halten, ob die Zahl der entschlossenen Anhänger, welche an die Nothwendigkeit und den siegreichen Erfolg der socialdemokratischen Revolution glauben, und welche in Folge dieses Glaubens bereit sind, Soldaten der Revolution zu werden, heute noch so zahlreich ist als vor sechs Jahren, so würde man den Kern der Socialdemokratie sehr zusammengeschmolzen finden. Der Muth jedes Heeres, selbst eines durch weit bessere Mittel zusammengehaltenen, als durch die Mittel phantastischer Vorspiegelungen und gehäufiger Entstellung des Gegners, hängt wesentlich ab von der Meinung, die es von der Stärke des Gegners hat. Vor dem Erlaß des Socialistengesetzes konnte die Socialdemokratie die bestehende Staatsordnung und die große Majorität, welche die Wohlthätigkeit derselben begreift, ins Angesicht verhöhnen und verlästern. Diese anscheinende Schwäche und Wehrlosigkeit der Staatsordnung und aller der mannigfaltigen und kostbaren Güter, die an ihr hängen, gegen die tagtäglich erneuerten unglaublichen Angriffe steigerte, wie es in jedem solchen Falle geschieht, sowohl die Verwegenheit als die Leidenschaft und vor Allem die Zahl der Angreifer. Wenn einem solchen Treiben kein Ziel gesetzt wird, so muß es sich über kurz oder lang bis zu dem Grad erhitzen, der zu thätlichen Explosionen führt, zu Verbrechen im Einzelnen und gegen Einzelne oder auch zu gemeinsamen Tumulten. Es bedarf auf eine geringe psychologische Erfahrung, wenn Jemand mit Professor Mommsen behauptet: seit der Dämpfung des wüsten Lärms, welchen die Socialdemokratie verübte, bestehe nur eine Unbequemlichkeit weniger. Nein, es besteht eine ernste Gefahr weniger, und zwar die nächste und dringendste Gefahr, die in dem Bestand einer revolutionären Partei liegt."

* Auf dem deutschfreisinnigen Parteitage in Glogau hat sich nach Mittheilung dortiger Blätter auch der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter **Maager**, für **Verlängerung des Socialistengesetzes** erklärt. Zu dem Vorschlag verschiedener Blätter, diejenigen Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei, welche für die Verlängerung des Gesetzes sind, möchten bei der Abstimmung den Saal verlassen, bemerkt die „Volksztg.": „Das wäre ja ein herrliches Auskunftsmittel."

* Die Bezeichnung „Kaiserlich", welche dem **Hauptzollamt in Hamburg** neuerdings genommen worden, ist dieser Zollbehörde durch eine Bekanntmachung des Reichskanzlers selbst vom 26. August 1873 beigelegt worden. Aber nicht nur der Reichskanzler, sondern auch der Bundesrath hat die Annahme des Prädicats „Kaiserlich" in diesem Falle vor zwölf Jahren ausdrücklich gebilligt. Es ergiebt sich dies aus den Protokollen des Bundesraths, deren frühere Jahrgänge in der Reichstags-Bibliothek vorhanden und somit auch weiteren Kreisen zugänglich sind. Nach §. 457 dieser Protokolle vom Jahre 1872 wies nämlich der Vorsitzende im Bundesrathe darauf hin, daß die Hauptzollämter zu Lübeck, Bremen und Hamburg im Haushalts-Etat des Deutschen Reiches für 1873, den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen entsprechend, nicht mehr als „vereinsländische", sondern als „kaiserliche" aufgeführt worden, und die neue Bezeichnung mittelst Publication im Reichsgesetzblatt bekannt gemacht worden sei; die preußische Regierung, welche die Oberaufsicht über die Hauptzollämter in den Hansestädten vertragsmäßig auszuüben habe, sei demgemäß ersucht worden, die Schilder, Stempel und Siegel der Hauptämter zu Hamburg und Bremen, sowie der Unterstellen derselben mit einer entsprechenden neuen Inschrift und dem Reichsadler versehen zu lassen. Gegen diese Mittheilung erhob sich keinerlei Widerspruch. Mit Lübeck lag die Sache nicht so einfach. Um die entsprechende Umwandlung der Schilder, Stempel und Siegel dort eintreten lassen zu können, war die Abänderung einer i. J. 1868 mit Lübeck getroffenen Vereinbarung nothwendig, und stellte der Vorsitzende auch, im Einverständniß mit dem Lübecker Senate, einen dahinlautenden Antrag. Die Beschlußfassung darüber wurde auf eine der nächsten Sitzungen verlagt, und erklärte sich dann, wie §. 499 der Protokolle angiebt, der Bundesrath ausdrücklich damit einverstanden, daß die Schilder, Stempel und Siegel bei dem kaiserlichen Hauptzollamt zu Lübeck mit den Reichsinsignien und entsprechender Umschrift versehen würden. Die staatsrechtliche Seite der Frage ist demnach im Jahre 1872 von den competenten Stellen jedenfalls reiflich erwogen worden und die Annahme der Bezeichnung „Kaiserlich" durch das Hauptzollamt in Hamburg nicht nur auf die Autorität des Reichskanzlers und seines Stellvertreters, sondern auch auf die Autorität des Bundesraths zurückzuführen.

* Der mit den **vaticanischen Kreisen** in Fühlung stehende Correspondent der „Politischen Correspondenz" schreibt aus Rom, 19. April:

Die gegenwärtige Haltung und allerlei Aeußerungen verschiedener europäischer Staatsmänner zusammengehalten mit kürzlich erfolgten Kundgebungen und Nachrichten der Presse aller Farben lassen mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß die europäische Politik sich einer conservativen Richtung zuzuwenden beginnt. Es scheint, daß die Regierungen und Souveraine zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß es nicht die Grundlagen der bisherigen, neuen Politik seien, welche den Staaten eine feste Stütze und eine ernste Bürgschaft zu bieten vermögen. Es sind, namentlich in der letzten Zeit, Tendenzen der Auflösung und Principien verwandtschaftlicher und zerstörender Neuerung zu Tage getreten, die selbst für Anhänger der sorglosesten Weltanschauung ein Erschütterung der ganzen politisch-socialen Ordnung und den Eintritt einer Katastrophe, deren Ausdehnung und Folgen sich nicht voraussehen ließen, in bedenklich nahe Aussicht rücken mußten. Angesichts dieser Erscheinungen hat man sich in ernst denkenden Kreisen die Frage vorgelegt, ob es nicht heilsam und gleichzeitig geboten wäre, dieser gefährlichen Bewegung Halt zu gebieten, ehe der socialistische Wahnwitz, den man als die Fieberkrankheit der heutigen Gesellschaft bezeichnen könnte, greifbare Gestalt annimmt und den Bestand des Staates angreift. Die Antwort auf diese Frage bildete die Annäherung jener Mächte aneinander, welche in höherem Maße, als die anderen, das Princip der Herrschaft repräsentiren. Welche Erfolge diese moralische Vereinigung erzielen wird, und welche innere Festigkeit dieselbe besitzt, das muß die Zeit zeigen. Es wäre eine unverzeihliche Dreistigkeit, in einer solchen Frage Muthmaßungen aufstellen zu wollen. Gewiß ist das Eine, daß das Werk der Mächte von den glücklichsten Erfolgen gekrönt würde, wenn sie sich dabei von jenen ewigen Principien leiten ließen, deren treuester Vertheidiger und berufenster Vertreter allezeit der heilige Stuhl war.

In den nächsten Tagen wird eine **Encyclica** des Papstes der Oeffentlichkeit übergeben werden, welche ein glänzendes Zeugniß der Weisheit bildet, von welcher der heilige Stuhl geleitet wird. Der erleuchtete Pontifex, der heute die Schicksale der römischen Kirche in so würdiger Weise lenkt, legt, gleich einem beherzten und erfahrenen Arzte, den Finger auf die Wunde, an welcher der soziale Körper Europas leidet und zeigt die Mittel an, durch welche eine rasche und gründliche Heilung erzielt werden könnte. Wenn die Mächte von dem ernsten Willen beseelt sind, daß das Gute und die Ordnung in Europa siegen, dann werden sie den Worten des Papstes ein aufmerksames Ohr leihen und einsehen, daß die hohen Ziele, welchen ihre edlen Bemühungen gelten, sich nur unter der directen Mitwirkung des Papstthumes erreichen lassen. Es wäre an der Zeit, daß alle Regierungen sich von der Ueberzeugung durchdringen lassen, daß die katholische Kirche und deren Oberhaupt der Autorität in der Gesellschaft nicht feindlich gegenüberstehen, sondern vielmehr die einzige sichere Stütze dieser Autorität bilden.

Das Ansehen des **heiligen Stuhles** ist bei den Regierungen wieder im Steigen begriffen. Die auswärtigen Vertretungen beim heiligen Stuhle werden vermehrt, statt, wie es Manche wünschen, eine Verminderung zu erfahren. So hat eine der bedeutendsten Republiken Südamerikas über eine Zeit lang unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zur Curie wieder hergestellt und einen Vertreter beim heiligen Stuhl ernannt. Es gelangt immer mehr die große Wahrheit zum Durchbruche, daß der heilige Stuhl nicht blos für die Religion, sondern auch in der Politik, und zwar in sehr wirksamer Weise, eine Autorität bedeutet.

Inmitten der Zeichen der Umkehr seitens der conservativen Regierungen macht das Vorgehen der **russischen Regierung** gegenüber der unter ihrer Herrschaft stehenden polnischen Bevölkerung in den vaticanischen Kreisen einen um so trüberen Eindruck. Die Blätter haben kürzlich von einem Ukas gesprochen, durch welchen der Klerus in Russisch-Polen zum Gebrauche der russischen Sprache im Gottesdienste angewiesen wird. Wenn diese Weisung sich auf den Ritus bezieht, so muß sie ganz wirkungslos bleiben, da Polen dem lateinischen Ritus angehört und die Kirche in diesem Puncte nicht übergangen werden darf. Sollte der Gebrauch der russischen Sprache in der Predigt gemeint sein, so sprechen dagegen zwei schwere Bedenken: für das Erste wird die polnische Bevölkerung dadurch in die Lage versetzt, daß sie in einer für fremden Sprache predigen hört; ferner würde dadurch, und ohne jeden Grund, ein ganzes Volk gezwungen, sein eigenes Idiom zu unterdrücken. Es bleibt nur die eine beruhigende Annahme, daß die bezeichneten Nachrichten übertrieben sind.

* Die diesjährige Versammlung des **internationalen Schiedsgerichts- und Friedensvereins** wird vom 4. bis 9. August in **Bern** stattfinden. Das Programm der Verhandlungen ist, wie folgt, zusammengesetzt: 1) die Frage des internationalen Schiedsgerichts; 2) die Frage der Neutralisation der Weltmeerenge; 3) die Frage der internationalen Gerichte und 4) die internationale Entwaffnungsfrage. Das Comité wird mittelst Rundschreibens an hervorragende politische Persönlichkeiten die Einladung zur Theilnahme erlassen.

* Wie der „Manchester Guardian" meldet, wird der älteste Sohn des Prinzen von Wales, **Prinz Albert Victor**, anläßlich der Erlangung seiner Großjährigkeit zum **Herzog von Dublin** ernannt werden und seinen Wohnsitz in Irland aufschlagen. Es heißt weiter, daß der Prinz, anstatt, wie üblich, in die Garde, in den Regimentsverband der irischen Füsiliere eintreten werde.